

Stand: 07.05.2026 11:22:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21239

"Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche - Art. 49 der Bayerischen Verfassung"

Vorgangsverlauf:

1. Mitteilung 17/21239 vom 21.03.2018
2. Beschluss des Plenums 17/21243 vom 21.03.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 127 vom 21.03.2018



Mitteilung

Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche – Art. 49 der Bayerischen Verfassung

Nach Art. 49 der Verfassung hat der Ministerpräsident die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) wie folgt bestimmt:

1. Die Staatsministerien

Die Geschäfte der Staatsregierung werden auf folgende Geschäftsbereiche aufgeteilt:

- Staatsministerium des Innern und für Integration
- Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
- Staatsministerium der Justiz
- Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
- Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
- Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie
- Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
- Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

2. Veränderungen im Einzelnen

2.1 Es wird ein neues Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr errichtet:

Das neue Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr übernimmt alle Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr, die sich auf den Bau und den Verkehr beziehen. Dazu gehört insbesondere auch der Wohnungsbau als zentrales Zukunftsthema, der deshalb in der Ressortbezeichnung erscheinen soll. Erfasst werden auch die Angelegenheiten der Enteignung. Das neue Staatsministerium

erhält vom Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Zuständigkeit für die staatliche Immobilienverwaltung (Immobilien Freistaat Bayern) sowie die Zuständigkeit für die staatlichen Bau-, Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaften (insbesondere Stadibau GmbH).

2.2 Das künftige Staatsministerium des Innern und für Integration verantwortet die verbleibenden Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr. Es übernimmt vom bisherigen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration die Zuständigkeit für die Integrations- und Migrationspolitik einschließlich der Sozialleistungen für Asylbewerber. Es führt deshalb die Bezeichnung Staatsministerium des Innern und für Integration.

2.3 Das bisherige Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird geteilt:

- Das neue Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst übernimmt alle Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums betreffend die Wissenschaft und Kultur (einschließlich der thematisch zugehörigen Stiftungen) sowie die Rundfunkaufsicht.
- Das künftige Staatsministerium für Unterricht und Kultus erhält die übrigen Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums.

2.4 Die Staatskanzlei übernimmt vom Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie die Zuständigkeit für Medien, Medienförderung, Medien- und Filmpolitik. Das Staatsministerium führt dementsprechend künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie.

2.5 Der Zuschnitt der übrigen Staatsministerien bleibt unverändert.

2.6 Die Verteilung der Einzelgeschäfte auf die Geschäftsbereiche wird gemäß diesen Vorgaben nach Art. 53 der Verfassung durch Verordnung der Staatsregierung erfolgen (Verordnung über die Geschäftsverteilung der Staatsregierung).

3. Sonderaufgaben nach Art. 50 Satz 1 Alt. 2 der Verfassung

Die Zuweisung einer Sonderaufgabe nach Art. 50 Satz 1 Alt. 2 der Verfassung an einen Staatsminister bedarf anders als die oben beschriebene Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche nicht der Bestätigung durch den Landtag.

Es ist beabsichtigt, wie bisher die Leitung der Staatskanzlei einem Staatsminister als Sonderaufgabe zu übertragen. Demselben Staatsminister wird – ebenfalls als Sonderaufgabe – die Zuständigkeit für Bundesangelegenheiten zugewiesen.

Die Koordinierung der Digitalisierung, die Zuständigkeit für Rundfunk und Medien und die Europaangelegenheiten (einschließlich der Beziehungen Bayerns nach außen) werden einem weiteren Staatsminister in der Staatskanzlei als Sonderaufgabe übertragen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Zustimmung zur Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche – Art. 49 der Bayerischen Verfassung

Drs. 17/21239

Der Landtag bestätigt gem. Art. 49 der Verfassung die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien):

1. Die Staatsministerien

Die Geschäfte der Staatsregierung werden auf folgende Geschäftsbereiche aufgeteilt:

- Staatsministerium des Innern und für Integration
- Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
- Staatsministerium der Justiz
- Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
- Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
- Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie
- Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
- Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

2. Veränderungen im Einzelnen

2.1 Es wird ein neues Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr errichtet:

Das neue Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr übernimmt alle Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr, die sich auf den Bau und den Verkehr beziehen. Dazu gehört insbesondere auch der Wohnungsbau als zentrales Zukunftsthema, der deshalb in der Ressortbezeichnung erscheinen soll. Erfasst werden auch die Angelegenheiten der Enteignung. Das neue Staatsministerium erhält vom Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Zuständigkeit für die staatliche Immobilienverwaltung (Immobilien Freistaat Bayern) sowie die Zuständigkeit für die staatlichen Bau-, Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaften (insbesondere Stadibau GmbH).

2.2 Das künftige Staatsministerium des Innern und für Integration verantwortet die verbleibenden Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr. Es übernimmt vom bisherigen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration die Zuständigkeit für die Integrations- und Migrationspolitik einschließlich der Sozialleistungen für Asylbewerber. Es führt deshalb die Bezeichnung Staatsministerium des Innern und für Integration.

2.3 Das bisherige Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird geteilt:

- Das neue Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst übernimmt alle Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums betreffend die Wissenschaft und Kultur (einschließlich der thematisch zugehörigen Stiftungen) sowie die Rundfunkaufsicht.
- Das künftige Staatsministerium für Unterricht und Kultus erhält die übrigen Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums.

2.4 Die Staatskanzlei übernimmt vom Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie die Zuständigkeit für Medien, Medienförderung, Medien- und Filmpolitik. Das Staatsministerium führt dementsprechend künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie.

2.5 Der Zuschnitt der übrigen Staatsministerien bleibt unverändert.

2.6 Die Verteilung der Einzelgeschäfte auf die Geschäftsbereiche wird gemäß diesen Vorgaben nach Art. 53 der Verfassung durch Verordnung der Staatsregierung erfolgen (Verordnung über die Geschäftsverteilung der Staatsregierung).

3. Sonderaufgaben nach Art. 50 Satz 1 Alt. 2 der Verfassung

Die Zuweisung einer Sonderaufgabe nach Art. 50 Satz 1 Alt. 2 der Verfassung an einen Staatsminister bedarf anders als die oben beschriebene Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche nicht der Bestätigung durch den Landtag.

Es ist beabsichtigt, wie bisher die Leitung der Staatskanzlei einem Staatsminister als Sonderaufgabe zu übertragen. Demselben Staatsminister wird – ebenfalls als Sonderaufgabe – die Zuständigkeit für Bundesangelegenheiten zugewiesen.

Die Koordinierung der Digitalisierung, die Zuständigkeit für Rundfunk und Medien und die Europaangelegenheiten (einschließlich der Beziehungen Bayerns nach außen) werden einem weiteren Staatsminister in der Staatskanzlei als Sonderaufgabe übertragen.

Die Präsidentin

Barbara Stamm

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Katharina Schulze

Abg. Thomas Kreuzer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt die **Tagesordnungspunkte 1 und 2** zur gemeinsamen Beratung auf:

Bestätigung

der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) nach Art. 49 der Bayerischen Verfassung (Drs. 17/21239)

und

Zustimmung

zur Berufung der Kabinettsmitglieder sowie zur Bestimmung der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters des Ministerpräsidenten nach Art. 45 und 46 der Bayerischen Verfassung

Ich erteile dazu Herrn Ministerpräsidenten Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Staatsregierung. Heute geht es darum, ein Signal zu setzen, wie die künftige personelle und strukturelle Neuaufstellung einer Staatsregierung stattzufinden hat. Es geht heute nicht um eine Regierungserklärung – sie findet noch zu einem späteren Zeitpunkt statt –; aber jedes Programm und jede Staatsregierung braucht eine Philosophie, die sich sowohl durch das Ziel, die Personen – die Männer und Frauen –, die es vertreten, als auch durch die Strukturen darstellt.

Heute wird ein Vorschlag erfolgen, der Aufbruch und Erneuerung signalisieren soll, der jünger und weiblicher ist und auch ganz bewusst das Signal setzt, dass Sachkompetenz von außen einer Staatsregierung gut tun kann. Ich gebe zu, es ist eine große Herausforderung, in der heutigen Zeit personelle Entscheidungen zu treffen, und es ist auch so, dass es für viele Personen sehr geeignete Möglichkeiten gegeben hätte. Am

Ende muss man entscheiden. Ich glaube, dass heute der Vorschlag erfolgt, auf der einen Seite ein Perspektivkabinett darzustellen, auf der anderen Seite strukturell Themenschwerpunkte zu setzen.

Bevor die Namen kommen, nenne ich die Schwerpunkte. Hinsichtlich der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche treffe ich folgende Bestimmungen, die Geschäfte der Staatsregierung werden auf folgende Geschäftsbereiche aufgeteilt:

das Staatsministerium des Innern und für Integration,

das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr,

das Staatsministerium der Justiz,

das Staatsministerium für Unterricht und Kultus,

das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst,

das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat,

das Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie,

das Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz,

das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und

das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Änderungen gegenüber der bisherigen Aufstellung: Erstens. Wir setzen ganz bewusst ein Signal in einer der großen zentralen Aufgaben und Fragestellungen unserer Zeit. Wir gründen ein eigenständiges Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, das nicht nur die Zuständigkeiten der bisherigen Obersten Baubehörde übernimmt, sondern auch für den gesamten Verkehr zuständig ist und aus dem Finanzministerium die IMBY erhält, um alles aus einem Guss zu

schaffen; denn für uns in der Staatsregierung ist die Wohnungsfrage die soziale Frage unserer Zeit. Wir wollen dort eine deutliche Verbesserung erreichen. Wir wollen ein Signal setzen, dass wir an erster Stelle bezahlbaren Wohnraum setzen, aber auch wieder die Eigentumsbildung wollen. Bayern ist ein Land, das großen Zuspruch und großes Wachstum hat. Dieses Wachstum bedeutet einerseits, dass wir uns wirtschaftlich entwickeln wollen. Aber es gehört zu den Aufgaben der modernen Zeit, dass neben der wirtschaftlichen Entwicklung das gleiche Wachstum für Wohnen, bezahlbaren Wohnraum und vernünftigen Verkehr erfolgt. Wir wollen an der Stelle das Zukunftsland in Deutschland werden, deswegen ein klares Signal für ein solches Zukunftsministerium.

Zweitens. Wir werden uns ganz klar dafür entscheiden, der Bildung einen neuen, stärkeren Stellenwert zu geben, indem wir einerseits das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst mit den Zuständigkeiten für Wissenschaft und Kultur erneut errichten. Forschung und Wissenschaft sind eine der ganz zentralen Zukunftsoptionen unseres Landes. Darüber wird mit Innovationen entschieden, die die zukünftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes bestimmen. Wir entscheiden uns auch dafür, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wieder selbstständig zu machen. Wir wollen noch mehr Zeit für Bildung und unsere ganze Kraft für unsere Kinder und die Familien einsetzen.

Drittens stärken wir die innere Sicherheit und bündeln die Themen Integration und Migration beim Staatsministerium des Innern und für Integration. Dazu erhält das Innenministerium die gesamte Zuständigkeit für die Themen Flüchtlinge, Asyl, Migration und Integration – von der Einreise bis zur Unterbringung, von Aufenthalt, Familiennachzug und Integration bis zur Aufenthaltsbeendigung, also bis zur Ausreise oder Abschiebung. Die Zuständigkeiten werden gebündelt, damit ist alles aus einer Hand und aus einem Guss, damit wird einerseits der Rechtsstaatlichkeit und auf der anderen Seite auch der sozialen Dimension in gleicher Weise Rechnung getragen.

Im Gegenzug wird sich das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales auf Familien- und Jugendpolitik konzentrieren. Es wird mehr Zeit für die Familien und mehr Zeit für unsere Kinder haben.

Viertens. Die Staatskanzlei übernimmt vom bisherigen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie die Zuständigkeit für Medien, Medienförderung und Medienpolitik. Es hat sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, diese Bereiche in eine Hand zu geben und nicht gesplittet zu lassen. Dazu wird der Staatsminister für Digitales, Medien und Europa ganz bewusst bei der Staatskanzlei angesiedelt. Warum? – Wir wollen, dass dem Thema Digitalisierung eine ganz besondere Rolle zugemessen wird. Es ist nicht einfach, weil die Digitalisierung über verschiedene Häuser verteilt ist. In der Staatskanzlei wird aber eine Richtlinienstelle für Digitalisierung eingerichtet, eine eigene Abteilung, die sich um die Koordinierung der gesamten digitalen Aufgaben kümmert.

Anders als alle anderen Bundesländer – das ist keine Änderung, aber ein Signal – behalten wir unser Landwirtschaftsministerium bei, weil wir damit ein bewusstes Signal für die bäuerliche Landwirtschaft in unserem Land setzen wollen.

Nun zur Berufung und den Namen: Ich schlage dem Bayerischen Landtag vor, zu Mitgliedern der Staatsregierung für den Rest der laufenden Legislaturperiode zu berufen:

zum Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten Herrn Dr. Florian Herrmann, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Digitales, Medien und Europa Herrn Georg Eisenreich, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister des Innern und für Integration Herrn Joachim Herrmann, Mitglied des Landtags,

zur Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Frau Ilse Aigner, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister der Justiz Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Unterricht und Kultus Herrn Bernd Sibler, Mitglied des Landtags,

zur Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst – darüber freue ich mich ganz besonders – Frau Prof. Dr. Marion Kiechle, eine Pionierin und große international anerkannte Wissenschaftlerin – herzlichen Dank dafür, dass Sie Ihre Kompetenz der Bayerischen Staatsregierung zur Verfügung stellen –,

zum Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Herrn Albert Füracker, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie Herrn Franz Josef Pschierer, Mitglied des Landtags,

zum Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Herrn Dr. Marcel Huber, Mitglied des Landtags,

zur Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Frau Michaela Kaniber, Mitglied des Landtags,

zur Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Frau Kerstin Schreyer, Mitglied des Landtags,

und zur Staatsministerin für Gesundheit und Pflege Frau Melanie Huml, Mitglied des Landtags.

Weiter berufe ich:

zum Staatssekretär im Staatsministerium des Innern und für Integration Herrn Gerhard Eck, Mitglied des Landtags,

zum Staatssekretär im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr Herrn Josef Zellmeier, Mitglied des Landtags,

zur Staatssekretärin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus Frau Carolina Trautner, Mitglied des Landtags,

und zum Staatssekretär im Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Herrn Dr. Hans Reichhart, Mitglied des Landtags.

Als Stellvertreter des Ministerpräsidenten bestimme ich Frau Staatsministerin Ilse Aigner, Mitglied des Landtags, und als weiteren Stellvertreter Herrn Staatsminister Joachim Herrmann, auch Mitglied des Landtags.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gesamte Kabinett wird jünger und weiblicher. Mit einem Drittel haben wir den höchsten Anteil an Damen, den wir bislang im bayerischen Kabinett hatten. Es wird im Durchschnitt um fünf Jahre jünger, und damit zeigt sich sehr deutlich ein Stück weit Erneuerung.

An der Stelle möchte ich allen bisherigen Mitgliedern des bayerischen Kabinetts meinen ausdrücklichen Dank aussprechen: Dr. Beate Merk, Dr. Ludwig Spaenle, Ulrike Scharf, Helmut Brunner, Emilia Müller und Johannes Hintersberger. Sie alle haben großartige Arbeit für unser Land geleistet.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine ohnehin, dass wir in diesem Hohen Haus manchmal zu wenig – dabei schließe ich mich nicht aus – würdigen, was wir alle in unermüdlichem Einsatz leisten, egal ob als Ministerinnen oder Minister oder auch als Abgeordnete. Manchmal erwecken wir draußen den Eindruck, als wären wir sehr schwierige Persönlichkeiten. Dabei wird zu wenig darauf geachtet, was jeder von uns an Leistung und Mut erbringt, vor welchen Herausforderungen wir stehen und welche Schwierigkeiten manchmal dahinterstehen. An alle die, die bisher mitgearbeitet

haben, ein herzliches Dankeschön, mein persönliches Vergelts Gott und meine Anerkennung, und viel, viel Glück für das weitere Miteinander hier im Hohen Haus!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich habe die Zusammensetzung der neuen Staatsregierung erläutert. Ich bitte Sie, die Entscheidung des Landtags herbeizuführen, und bedanke mich bei Ihnen. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Kolleginnen und Kollegen, Sie haben die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zur Zahl und zur Abgrenzung der Geschäftsbereiche sowie den Vorschlag zur Berufung der Kabinettsmitglieder gehört. Ich darf jetzt die Aussprache eröffnen. Im Ältestenrat wurde eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 72 Minuten vereinbart. Ich darf jetzt Herrn Kollegen Rinderspacher für die SPD-Fraktion ums Wort bitten.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Tag ist der Tag der Emotionen für einige in diesem Haus. Er ist ein Tag der Bitterkeit für jene Kabinettsmitglieder, die fest damit gerechnet haben, gegebenenfalls wieder berufen zu werden, aber es kam dann anders. Es ist ein Tag der Enttäuschung für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, denen in den letzten Monaten vielleicht versprochen wurde: Ich baue auf dich, ich setze auf dich, du kommst bei mir voran. Es ist auch ein Tag der großen Emotionen und des Triumphes insbesondere für jene Abgeordneten, die bislang vielleicht noch keine Führungsverantwortung in den Ausschüssen oder Arbeitskreisen der CSU-Fraktion innehatten und die von relativ weit hinten ins Rampenlicht geholt wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor einigen Tagen wurde der neue Ministerpräsident im Bayerischen Rundfunk wie folgt zitiert: Wegen der langen Regierungsbildung in Berlin ist auch in Bayern einiges liegen geblieben. Deshalb muss jetzt endlich wieder regiert werden. – Mit der heutigen Kabinettsbildung sollte der Anfang gemacht werden. Tatsächlich möchte ich Herrn Söder nicht widersprechen, wenn er sagt, dass

Bayern zuletzt bestenfalls verwaltet statt regiert wurde. Wir alle wissen: Das lag weniger an der Berliner Regierungsbildung, sondern vielmehr an einem lange anhaltenden Machtkampf zwischen ihm selbst und seinem Vorgänger. Es war eine quälend lange Zeit der Selbstbeschäftigung innerhalb der CSU, die nur deshalb so selbstgefällig stattfinden konnte, weil die absolute Mehrheit zur Selbstvergessenheit führen kann. Das ist der Grund, warum viele Themen in Bayern auf der Strecke geblieben sind. Was Bayern braucht, ist eine dialogfähige und kooperationsbereite Regierung, die sich der Probleme der Menschen annimmt. Ich bin deshalb sicher: Eine Koalitionsregierung wird Bayern besser regieren als eine in die Jahre gekommene, anachronistische Alleinherrschaft, die sich in der Selbstinszenierung genügt, anstatt Zukunftslösungen zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die CSU-Einlassungen der letzten Wochen ernst nehmen will, dann geht es jetzt um Aufbruch und Erneuerung. Es handelt sich aber offenbar um einen Aufbruch nationalkonservativer Restauration und eine altbackene Erneuerung des politischen Feindbilddenkens längst vergangener Zeiten. Was Bayern aber braucht, ist ein Mehr an sozialem Zusammenhalt und Miteinander und ein Zugewinn an politischer Modernität und Weltoffenheit. Das Leitmotiv für Bayern lautet "Leben und leben lassen" statt konservativer Revolution der Herren Söder, Dobrindt und Scheuer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Das CSU-Alleinregierungskabinett, das heute hier gebildet wird, hat eine Halbwertszeit von 206 Tagen. Herr Söder nennt es Perspektivkabinett. 206 Tage lang werden diese Minister und Staatssekretäre der CSU-Alleinregierung im Wahlkampfmodus in Bayern unterwegs sein. Es wird Ankündigungen, Versprechungen und politische Besserungsgelöbnisse geben, so als wäre die CSU jahrzehntelang in der Opposition gewesen, würde sich nun plötzlich nach 61 Jahren in der Regierung neu erfinden und hätte mit den Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit nichts zu tun. Und wenn

der Staatssekretär oder die Ministerin gefragt wird, heißt es: Ich bin ja erst seit ein paar Tagen im Amt.

Meine Damen und Herren, die sogenannte Erneuerung im neuen Kabinett Söder hat übrigens bereits 82 Jahre Kabinettszugehörigkeit auf dem Buckel. Das Kabinett Söder hat also mehr Dienstjahre absolviert als Johannes Heesters auf der Bühne stand.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Da von Erneuerung zu sprechen, erinnert an alten Wein in neuen Schläuchen. Dennoch wollen wir anerkennen, dass sich Herr Söder erkennbar bemüht hat. Er hat einige Ressortzuschnitte verändert und den Gepflogenheiten in anderen Bundesländern oder früheren bayerischen Strukturen angepasst. Das Kultus- und Wissenschaftsministerium wird wieder getrennt, so wie das in anderen Bundesländern üblich ist, so wie es die Opposition im Bayerischen Landtag bereits mehrfach gefordert hat. Der Verantwortungsbereich von Staatsminister Herrmann wird wieder verschlankt, und es wird künftig ein Bau-, Verkehrs- und Infrastrukturministerium geben. Als SPD bedauern wir, dass es kein eigenes originäres Bauministerium geben wird, wie dies unsere Spitzenkandidatin und Landesvorsitzende Natascha Kohnen vorgeschlagen hat. Von den Top 30 der deutschen Kommunen mit den höchsten Wohnkostensteigerungen der vergangenen Jahre liegen 26 in Bayern. Seit 2007 sind in Bayern die Mieten um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Baugrundpreise für Einfamilienhäuser sind in den letzten zehn Jahren um 86 % und für Wohnungen um 60 % gestiegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer bezahlbares Wohnen als die soziale Frage des 21. Jahrhunderts anerkennt, bündelt diese Fragen in einem eigenen Bauministerium, so wie dies Natascha Kohnen vorgeschlagen hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Söder hat bereits in den letzten Tagen davon gesprochen, dass das Kabinett weiblicher werden möge. Der Frauenanteil im Kabinett wurde also nun von schlechten 29 % auf immer noch schlechte 35 % erhöht, und wahrscheinlich erwartet Herr Söder

dafür jetzt sogar noch Lobpreisung und Lorbeerkranz. Der Frauenanteil im Kabinett ist tatsächlich immer noch höher als der Anteil der Frauen in der CSU-Fraktion. Dort liegt er bei 20,8 %, ein übrigens um ein Vielfaches niedrigerer Anteil als in den Parlamenten von Ruanda, Ecuador, Tansania, Tunesien oder anderen muslimischen Ländern.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Schon in das Bundeskabinett hat die CSU ausschließlich drei männliche Minister entsandt, und auch in Bayern geht die traditionelle CSU-Männerdominanz unbeirrt weiter. Liebe Natascha Kohnen, Spitzenkandidatin der Bayern-SPD, wir sagen: Im nächsten Kabinett, in 206 Tagen, werden sich die Frauen in Bayern endlich das nehmen, was ihnen auch heute verweigert wird, nämlich das selbstverständliche Recht auf adäquate politische Repräsentanz in der Führungsverantwortung für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Die Benachteiligung von Frauen zieht sich im Übrigen wie ein roter Faden durch die CSU-Regierungen. Eine parlamentarische Anfrage meiner Kollegin Dr. Strohmayr hat ergeben, dass in den bayerischen Ministerien, die besonderen Vorzeigecharakter haben sollten, Frauen oft das Nachsehen haben. Nur 20 von 91 Abteilungen in den Ministerien werden von Frauen geführt. Das entspricht einer Quote von 22 %. Auch deshalb pocht die SPD-Fraktion auf ein echtes bayerisches Gleichstellungsgesetz mit dem Ziel, berufliche Gleichstellung herzustellen und insbesondere in den bayerischen Ämtern und Behörden gleiche Chancen zu schaffen. Das ist und bleibt ein Kernanliegen der SPD-Fraktion im Hohen Haus.

(Beifall bei der SPD)

Ministerpräsident Söder hat die Verfassungsvorgabe, dass das Kabinett nicht mehr als 17 Mitglieder haben darf, voll ausgereizt. Dem neuen Kabinett nicht mehr angehören wird Dr. Spaenle. Zu groß sind die Lücken, zu groß die Versäumnisse, zu gering die Fortune des Ministers: Kuddelmuddel beim Gymnasium G 8/G 9, sechs Millionen Un-

terrichtsstunden, die in Bayern jedes Jahr ersatzlos ausfallen, wenig bis kein Fortschritt beim Ganzttag, zu große Klassen und zu wenige Lehrer, Probleme bei der Lehrerplanung, kaum Fortschritte bei der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen an der bayerischen Regelschule. Das Ministerium wurde in dieser Legislaturperiode von der Opposition sogar dabei erwischt, wie es mit dem Finanzminister Söder 800 Lehrerstellen heimlich, still und leise streichen wollte. Zum Glück hat die Opposition aus SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN gemeinsam mit den Lehrerverbänden aufgepasst und dies verhindert.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Dort, wo Aufbruch und Erneuerung nötig wären, nämlich in der Bildung, so befürchten wir, wird sie nicht zwingend stattfinden; denn der Nachfolger von Dr. Spaenle, Bernd Sibler, ist einer, der bereits in der Verantwortung war und in diesen Bereichen natürlich seine Mitverantwortung wahrzunehmen hat.

Nicht mehr dem Kabinett angehören wird Frau Scharf. Auch sie wird als eine Ministerin in Erinnerung bleiben, die nicht stetig eine Glückssträhne hatte. Sie wird mit der Verbraucherschutzaffäre "Bayern-Ei" in Verbindung gebracht. Ein Klimaschutzgesetz, wie es andere Bundesländer haben, hat sie ebenso wenig vorgelegt wie gerichtsfeste Luftreinhaltepläne für die bayerischen Städte. Beim dritten Nationalpark ist sie die für 2017 versprochenen Ergebnisse ebenso schuldig geblieben wie ein Konzept gegen den fortschreitenden Flächenverbrauch. Man muss ihr allerdings zugutehalten: Das alles war nicht nur in ihrem Verantwortungsbereich, sondern es gab auch einen Finanz- und Heimatminister, der ihr das Arbeiten für eine bessere Umwelt und für einen besseren Landschaftsschutz in Bayern regelrecht schwer gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Einige Worte zu Ilse Aigner, einer stets aufgeräumten und überaus korrekten Ministerin, bei der man als Opposition fast schon eine "Beißhemmung" bekommen könnte. Ich möchte aus meiner persönlichen Sympathie keinen Hehl machen; und dennoch

sagt es auch einiges über die Bilanz aus, dass Frau Aigner nicht mal eine volle Legislaturperiode Bayerns Wirtschaftsministerin bleiben darf und bleiben will. So hat Frau Aigner sowohl bei der Energiewende als auch bei den Stromtrassen keine besonders gute Figur abgegeben. Die Windenergie wurde regelrecht voll abgebremst. Frau Aigner stand am Ende für den Import von Atomstrom, anstatt ihre Hausaufgaben bei der Energiewende zu machen. Bei wichtigen Zukunftsfragen wie der Elektromobilität hat sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Hier hinkt Bayern anderen Bundesländern weit hinterher. Ob diese Bilanz ein überzeugendes Übergangszeugnis für das Infrastrukturministerium ist, lasse ich dahingestellt.

Liebe Frau Aigner, ich weiß auch nicht, ob das Ministerium, das Ihnen der Ministerpräsident da übergibt und das Sie jetzt übernehmen, nicht am Ende so ein klein wenig vergiftet ist; denn die Fragen, die Sie nun zu beantworten haben, werden hier im Bayerischen Landtag bereits seit 20, 30, 40, 50 Jahren diskutiert. Da gab es Ministerpräsidenten, die Stoiber oder Streibl oder Franz Josef Strauß geheißen haben, die eine bessere Schienenverbindung in den bayerischen Osten und mehr Elektrifizierungen in unterschiedlichsten Bereichen angekündigt haben; Sie sind jetzt ein Stück weit diejenige, die auch die Defizite des Vorgängers, Herrn Herrmann, aufarbeiten muss, da gerade beim Bauen und im Verkehr in den letzten Jahren doch wahnsinnig viel liegengeblieben ist. Wir werden Sie selbstverständlich gerne dabei unterstützen, die Infrastruktur in Bayern kraftvoller voranzubringen. Ich hoffe, es tut sich etwas, insbesondere in den Bereichen, die seit Jahrzehnten liegengeblieben sind.

(Beifall bei der SPD)

Das Arbeitsministerium wird künftig von Frau Kollegin Schreyer geführt. Wir erwarten, Frau Kollegin, dass Sie dem Hohen Hause schnellstmöglich ein Vergabe- und ein Tarifreuegesetz vorlegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dieses Gesetz soll bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einen landesspezifischen Mindestlohn vorsehen; denn staatlich unterstütztes Lohndumping darf es in Bayern nicht weiter geben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie innerhalb der nächsten Tage oder innerhalb der nächsten Wochen ein Weiterbildungsgesetz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorlegen; nur in Bayern und in Sachsen gibt es das noch nicht. In Zeiten der Digitalisierung müssen wir auch in diesem Bereich den Sprung ins 21. Jahrhundert schaffen und den Menschen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bayern, Weiterbildungsmöglichkeiten geben.

Wir erwarten von Ihnen auch zentrale Weichenstellungen, damit Familie und Beruf in Bayern künftig besser in Einklang zu bringen sind. Da gibt es viel zu tun: Wir erwarten eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung. Bildung beginnt bei den Jüngsten. Bildung von Anfang an ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit in unserer Gesellschaft. Noch immer hat der Freistaat einen deutlichen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Im Bundesländervergleich belegt Bayern mit einer Betreuungsquote von 27 % hier Rang 14; der Bedarf liegt bei 42 %. Auch die aktuelle Ländermonitor-Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt: In Bayern liegt der Personalschlüssel in den Kitas im Durchschnitt 20 % unter dem notwendigen Betreuungsverhältnis. Wir als SPD sagen: Entlasten wir auch die Familien. Machen wir die Kita und damit die frühkindliche Bildung endlich auch in Bayern für die Familien kostenfrei.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen die Berufung von Frau Prof. Kiechle zur Hochschulministerin; das ist eine echte, handfeste Überraschung. Es ist gut, dass auch die CSU bereit ist, zumindest an der einen oder anderen Stelle über den eigenen Schatten zu springen und Expertise von außen einzuholen.

Überrascht sind wir von den Berufungen von Frau Michaela Kaniber, Carolina Trautner und Hans Reichhart. Wir kennen sie zu wenig, als dass wir heute eine Benotung vornehmen wollten, und wir wünschen eine glückliche Hand. Richtig ist, dass alle drei Kollegen, wenn ich es richtig sehe, in ihrer ersten Legislaturperiode Mitglieder des Landtags sind und bislang in den Ausschüssen und den Arbeitskreisen der CSU-Fraktion keine Führungsverantwortung wahrgenommen haben. Das alleine bedeutet aber noch nichts, und wir wünschen Ihnen natürlich eine glückliche Hand und viel Erfolg.

Ein Wort noch zu Hans Reichhart: Er hat bei uns in der Opposition natürlich schon jetzt seinen Spitznamen weg: El Marco. Er war derjenige, der dem Ministerpräsidenten ein Stück weit auch den Weg bereitet hat, indem er mit der Jungen Union schöne Schilder hochgehalten hat; das Singspiel beim Nockherberg hat das bereits aufgegriffen. Herr Söder, dem die Inszenierung der Jungen Union denkbar peinlich und emotional unangenehm war, zeigt sich heute aber dennoch dankbar und beruft Hans Reichhart zum Staatssekretär. – Wir wünschen Ihnen ein glückliches Händchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, klar ist: Der angekündigte große Wurf ist heute ausgeblieben. Der Politikwissenschaftler Prof. Heinrich Oberreuter hat bereits heute in der "Abendzeitung" analysiert, Revolutionäres sei von Herrn Söder nicht zu erwarten.

(Unruhe bei der CSU)

Zwar ist personell heute einiges geschehen, aber ob sich auch inhaltlich etwas tut, wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Trotz aller angebrachten Skepsis wünschen wir Ihnen für Ihre Amtszeit von lediglich 206 Tagen Tatkraft und eine glückliche Hand.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich jetzt Herrn Kollegen Aiwanger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein neuer Zuschnitt der Ministerien vorgestellt worden, neues Personal und wie die Arbeit im Sinne der bayerischen Bevölkerung in den nächsten Monaten bis zur Landtagswahl abgewickelt werden soll. Zunächst einmal gilt es, festzuhalten: Es ist höchste Zeit geworden, dass die Arbeitsfähigkeit wieder angestrebt wird. Wir haben im Zuge der Nachfolgedebatte "Seehofer" monatelang politischen Stillstand erlebt. Viele Dinge sind liegengeblieben, und es bleibt zu hoffen, dass jetzt die Zeit bis zur Sommerpause nicht durch das Umwürfeln der Kabinettszuschnitte überbrückt wird, wir dann in den Wahlkampf gehen und die nächsten Sitzungen erst wieder nach der Wahl im Oktober im November stattfinden.

Uns FREIEN WÄHLERN ist es deshalb wichtig, gleich zu Beginn zu fordern und zu wünschen, dass wir im September zwei Sitzungswochen einschieben, damit wir über den Sommer hinweg die eine oder andere Arbeit erledigen können und nicht nach dem Vorbild Berlin monatelang nicht handlungsfähig sind.

Worum geht's politisch? Was sind die Schwerpunkte? Was sehen wir FREIEN WÄHLER vielleicht anders, was sehen wir vielleicht deckungsgleich? – Zunächst einmal ist für uns äußerst wichtig, das Thema "Heimat" politisch aufzuwerten. Wir sehen in der jetzigen Zuordnung der Zuständigkeit für Heimat und Landesentwicklung zum Finanzministerium die Fortsetzung des in unseren Augen falschen Zuschnitts aus der Ära Seehofer, um Herrn Söder nach Franken zu transportieren und ihm dann wenigstens das Heimatministerium mitzugeben. Wir sagen: Bayern hat über 2.000 Heimatministerien. Das sind unsere Kommunen. Deshalb hätten wir es für richtig befunden, die Themen Heimat und Landesentwicklung beim Innenministerium anzusiedeln, das auch für die Kommunen zuständig ist. Wir sollten die Zukunft der Fläche aus den Kommunen heraus entwickeln und die Gestaltung der Regionen vorantreiben. Das ist irgendwo beim Finanzministerium aufgehängt völlig beliebig. Wir hätten dieses Thema gerne beim Innenministerium und damit auf der kommunalen Schiene gesehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jawohl, wir sind der Überzeugung, dass ein neues Ministerium geschaffen werden muss. Sie haben entschieden, ein Ministerium für die Bereiche Bauen, Wohnen und Verkehr zu schaffen, vielleicht um den Fehler aus der GBW-Ära mit einem eigenen Ministerium zu kontern. Sehr viel dringender wäre es, die Themen Digitalisierung, Energiewende und Mobilität in einem neuen Zukunftsministerium zusammenzufassen. Das fordern wir seit Jahren. Das Thema Digitalisierung spielt hinein in intelligente Netzsteuerung, in Smart Grids und in neue Formen der Mobilität. Das reicht von Verkehrsleitplanungen bis zu einer vernünftigen Abwicklung der Mobilität. Das ist mit der modernen Technik möglich. Hier wäre vieles wünschenswert. Wir hoffen, dass die Themen Mobilität und Energiewende vom neuen Digitalminister in der Staatskanzlei aufgegriffen werden.

Sie haben die Energiewende nicht angefasst. Sie haben sie weiterhin beim Wirtschaftsministerium belassen. Dort schlummert dieses Thema weiter den Schlaf des Gerechten. Wir sagen ganz klar: Das Thema Energie ist zu schade, um dort weiterhin auf der Abschiebebank zu sitzen. Es müsste ganz weit nach vorn gestellt, gepuscht und mit dem Thema moderne Infrastruktur gekoppelt werden. Das wäre ein wirklicher Wurf gewesen. Wir hätten uns ein Zukunftsministerium gewünscht. Dafür hätten gleich die Räumlichkeiten im bisherigen Heimatministerium in Nürnberg genutzt werden können. Unser Wunsch wäre es gewesen, das Thema Energie zum Thema Digitales dazuzunehmen. Leider wurde dieser Wunsch nicht erfüllt. Wir kämpfen weiterhin dafür, dass diese Schwerpunkte gehört werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In der Wirtschaft sehen wir seit Jahren Defizite in puncto Tourismus. Den Tourismus im Wirtschaftsministerium aufzuwerten, wäre längst überfällig. Bayern ist eine Urlaubsregion. Bayern ist ein beliebtes Zielland für Touristen aus aller Welt, auch für innerdeutsche Touristen. Uns kommt es aber ein bisschen so vor, als würde der Tourismus wie das fünfte Rad am Wagen behandelt. Im Tourismus könnte noch sehr viel mehr Geld verdient werden. Auch Binnentouristen könnten noch sehr viel mehr Geld im Land las-

sen. Das spielt auch in die Landwirtschaft und in die Heimatstrategie hinein. Hier gibt es Defizite, die wir gerne aufgearbeitet sähen. Im Übrigen ist beim Thema Wirtschaft noch vieles zu tun. Auch beim Thema Innovation müsste mehr kommen. Firmengründungen und neue Ideen sind momentan hintangestellt. Hier gibt es noch nicht den Drall und die Wirkung, die wir uns erwarten.

Wir begrüßen es, dass Sie das Landwirtschaftsministerium erhalten. Hut ab, dass Sie keine ideologischen Spielchen machen und die Bauern irgendwo hinten anhängen nach dem Motto: Das wird schon keiner merken. Die Landwirtschaft ist in Bayern weiterhin gesellschaftsprägend, und das soll sie auch bleiben. Sie muss wieder mehr gesellschaftsprägend und landschaftsprägend werden. Ich war gestern bei den Milchbauern in Reutberg. Das war ein berühmt-berüchtigter Tag, bei dem die milchpolitischen Vorstellungen ausgetauscht und die milchpolitischen Rahmenbedingungen diskutiert wurden. Ich sage Ihnen ganz klar: In der Milchwirtschaft herrscht in Bayern Endzeitstimmung. In den letzten Jahren ist sehr viel weggebrochen. Ich respektiere die Arbeit, die Herr Brunner in den letzten Jahren geleistet hat. Herr Brunner, Sie haben entgegen dem Bundestrend und entgegen der großen Parteilinie für das Modell einer nachfrageorientierten Produktion geworben. Das haben Sie richtig eingefädelt. Leider hat die Durchschlagskraft nach oben gefehlt, weil der Bundesminister der CSU eine andere Auffassung hatte.

Mein Appell an die neue Landwirtschaftsministerin lautet: Nehmen Sie dieses Thema mit, setzen Sie sich mit Vertretern der Branche an einen Tisch, versuchen Sie, mit der Molkereiwirtschaft und den Landwirten eine Lösung zu finden, die darauf abzielt, dass die nicht einmal mehr 30.000 bayerischen Milchbauern – täglich werden es weniger – eine Zukunftsperspektive bekommen! Wir müssen gewisse Liefermengen vertraglich absichern. Die Milchbauern steuern auf die nächste Krise zu. Bayern ohne Bauern ist kein Bayern mehr. Deshalb: Stärken Sie dieses Ministerium!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die Trennung von Bildung und Wissenschaft ist mit Sicherheit sinnvoll; denn der bisherige Umfang war zu groß. Wir werden in den nächsten Jahren dafür zu kämpfen haben, die Lehrerversorgung zu sichern. Wir halten mit unserer Kritik nicht hinter dem Berg, dass es unanständig ist, Tausende befristete Lehrkräfte in Bayern wie die Spargelstecher nach getaner Arbeit vor den Ferien zu entlassen und im Herbst zu hoffen, dass sie noch da sind. Übernehmen Sie diese jungen Leute, die bei uns unterrichten wollen, holen Sie diese Leute in die Schulen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Beibehaltung eines Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz ist etwas einfalllos. Marcel Huber wird wieder dorthin zurückgeschickt und muss sich weiterhin mit der Eiergeschichte auseinandersetzen. An dieser Stelle möchte ich sagen: Frau Kollegin Scharf, mit der Suche nach einem dritten Nationalpark sind Sie auf einen Trip geschickt worden, der politisch mit der Aussage verglichen werden kann: Dort hinten geht der Regenbogen auf. Suche einmal die Stelle, wo er den Boden berührt, und suche den Schatz. Sie sind auf eine politische Tour geschickt worden, die Sie trotz allen persönlichen Einsatzes nicht schaffen konnten. Ich bin für meine klare Aussage bekannt, dass ich den Nationalpark weiterhin ablehne. Ich hoffe, dass dieses Thema beerdigt und nicht mehr aufgegriffen wird. Wir haben andere Baustellen.

Wir schlagen vor, beim Thema Naturschutz die Gelder dezentral einzusetzen. Ein konkreter Vorschlag: Wir wollen auch der Landwirtschaft etwas von diesen 15 Millionen Euro zukommen lassen, indem produktionsintegrierte Maßnahmen besser gefördert werden. Wir wollen nicht 15 Millionen Euro für irgendeinen "Wasserkopf" ausgeben, in dem Verwaltungskräfte eine Landschaft verwalten, die es auch ohne sie gibt. Wir wollen, dass dieses Geld in der Realwirtschaft ankommt. Landwirte sollen bei der Erbringung von Naturschutzleistungen unterstützt werden. Wir wissen nicht, welche Fördergelder wir aus Brüssel erhalten werden und ob diese Fördermittel gekürzt werden. Wir müssen uns hier einsetzen und eine charmante Verbindung von Umweltschutz und Landwirtschaft hinbekommen.

Das Justizministerium bleibt unangetastet. Okay. Das ist in Ordnung.

Beim Familienministerium hätten wir uns gewünscht, dass in der Ministeriumsbezeichnung "Familie, Arbeit und Soziales" die Frauen genannt werden. Wir sind nicht die "Quotenheinis", das sage ich ganz klar. Wir sehen aber, dass auf diesem Themenfeld politisch vieles zu leisten ist. So werden wir weiterhin dafür kämpfen, eine eigene bayerische Pflegekammer zu bekommen. Wir wollen nicht, dass das Thema Pflege ein Anhängsel in irgendeinem Ministerium ist. Meine Damen und Herren, in ein paar Jahren sind wir selbst in der betroffenen Altersklasse. Was wird einmal aus uns, wenn wir uns nicht mehr selbst helfen können? Wer pflegt uns dann? Da helfen keine Millionen und keine Diäten. Da hilft es auch nicht, Minister gewesen zu sein. Am Ende brauchen wir Menschen, die sich um uns kümmern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb muss dieses Thema Pflege ganz neu aufgesetzt werden. Es muss in den Mittelpunkt der politischen Debatte gestellt und ein wirkliches Anliegen werden. Wir können uns bei diesem Thema nicht auf den Bund verlassen, sondern sind auf uns selbst gestellt. Wir müssen dieses Thema voranbringen.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich ein Thema aufgreifen, das Sie bisher sicher vermisst haben. Es war für morgen, spätestens für die Zeit nach Ostern angekündigt. Heute hören wir wieder nichts zu den Straßenausbaubeiträgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie mögen darüber lachen. Die Straßenanlieger und die Bürgermeister draußen weinen mehr, als dass sie lachen. Sie wissen nicht, wie es weitergeht. Wir haben von Ihnen eine zeitnahe Lösung gefordert. Sie hatten diese Lösung zuerst für die Zeit vor Ostern angekündigt, dann haben Sie sie auf die Zeit nach Ostern verschoben. Ich habe das dann als eine Bankrotterklärung bezeichnet und gefragt: Warum nicht vor Ostern? Daraufhin haben Sie behauptet: Aiwanger würde Fake

News verbreiten, die Lösung komme natürlich vor Ostern. Aber Sie haben das Jahr nicht dazu gesagt. Ich spreche von Ostern 2018.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere Sie auf, diesen Schuss jetzt endlich zu hören. Hunderttausende von Menschen haben in kürzester Zeit unterschrieben und wollen eine zeitnahe Lösung. Diese muss ordentlich aufgestellt sein. Es wundert mich, dass Sie das nicht innerhalb weniger Monate schaffen. Was Sie bis Ostern nicht schaffen, werden Sie bis zur Sommerpause auch nicht schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Verlassen Sie sich nicht darauf, dass das Thema einschlafen wird oder ein anderes Thema in den Vordergrund tritt. Herr Ministerpräsident, mein dringender Appell an Sie lautet: Nehmen Sie dieses Thema endlich in die Hand! Ein Strabs-Befürworter ist jetzt ziemlich weit vorne in die Staatskanzlei gesetzt worden. Vielleicht macht er das Thema ja zur Chefsache und löst es endlich ordentlich und schnell. Wir, die FREIEN WÄHLER, wollen das gelöst haben. Wir, die FREIEN WÄHLER, suchen Lösungen. Wir sind keine Symbolpolitiker.

(Lachen bei der CSU)

Wir geben uns nicht mit Personaldebatten zufrieden. Deshalb habe ich in meiner Rede auch nicht die einzelnen Köpfe abgearbeitet. Ich habe heute eher diejenigen, die künftig nicht mehr da oben sitzen dürfen, ein bisschen – ich will nicht sagen – Trost und Zuspruch gewährt. Das brauchen sie von mir nicht. Trotzdem will ich fair sein und ihre Arbeit, die sie geleistet haben, wie sie es im Rahmen ihrer Möglichkeiten konnten, an dieser Stelle so weit würdigen. Vielfach waren ihnen politisch die Hände gebunden. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, dass Herr Spaenle vielleicht jahrelang ein heimlicher G 9-Befürworter gewesen ist. Er hat das wahrscheinlich jahrelang vertuschen müssen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Bis er sich outen durfte, war es aber politisch bereits zu spät. Trotzdem, er hat am Ende den Weg für das G 9 mitgestaltet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Politisch wurde er von denen im Stich gelassen, die vorher das G 8 befürwortet haben. Ich danke heute denjenigen, die ab jetzt keine Minister und keine Staatssekretäre mehr sind, für ihre Arbeit. Den neuen Kabinettsmitgliedern wünsche ich viel Erfolg bei ihrer umfangreichen Tätigkeit. Nehmen Sie sich die nötige Handlungsfreiheit. Hören Sie vielleicht das eine oder andere Mal auf einen Tipp der FREIEN WÄHLER. Nicht alles ist Unsinn, was wir hier von uns geben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vieles ist am Ende Realität geworden. Hätten Sie Anregungen von uns früher übernommen, wäre Ihnen politisch viel Ärger erspart geblieben. In der politischen Gewichtung sehen wir vieles anders. Deshalb werden wir den neuen Kabinettszuschnitt ablehnen. Wir werden uns aber bei der Wahl der Personen enthalten. Wir geben ihnen eine faire Chance. Machen Sie für Bayern und für unsere Heimat das Beste daraus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Macht eines Regierungschefs oder einer Regierungschefin hört dort auf, wo die Rücksichtnahme auf Koalitionspartner oder Parteiflügel anfängt. Hierzu kann man gut Frau Merkel fragen. Ich bin mir sicher, sie hat freiwillig weder Jens Spahn noch Horst Seehofer ins Kabinett geholt. Diese zwei Personen verfolgen ohne Rücksicht auf das Ge-

meinwohl ihre persönliche Agenda und nehmen in Kauf, dass sie damit das gesellschaftliche Klima vergiften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Söder, haben da mehr Freiheit. Sie müssen noch nicht auf einen Koalitionspartner Rücksicht nehmen. Aber ich finde, dass Sie Ihre Freiheit nicht richtig genutzt haben. Sie haben sich vorhin hier hingestellt und sich dafür feiern lassen, dass Sie Ihr Kabinett weiblicher gemacht hätten. Sie haben gesagt, es gebe jetzt fünf Ministerinnen. Ich möchte Sie nur einmal daran erinnern, dass das Kabinett davor auch fünf Ministerinnen hatte. Ich wusste nicht, dass man sofort die Grundrechenarten verlernt, wenn man kein Finanzminister mehr ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war einfach eine falsche Aussage. Außerdem hätte ich mir mehr Frauen in den Schlüsselressorts des Kabinetts gewünscht, also den Ressorts, in denen wir in Bayern tatsächlich viel entscheiden können. Leider ist es so nicht gekommen. Der Ministerpräsident? – Ein Mann. Der Innenminister? – Ein Mann. Der Finanzminister? – Ein Mann. Der Bildungsminister? – Ein Mann. Der Wirtschaftsminister? – Auch ein Mann. Da haben Sie, ehrlich gesagt, Ihre Chance verpasst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hätte mir ein Kabinett gewünscht, das gestaltet statt zu verwalten. Ich hätte mir ein Kabinett gewünscht, das die Zukunftsfragen anpackt, statt Rechtspopulisten hinterherzulaufen und sie dadurch erst stark zu machen. Ich hätte mir ein Kabinett gewünscht, das den Menschen hilft, das Leben von heute zu meistern, statt ihnen Steine in den Weg zu legen – ein Kabinett also, das die wirklichen Zukunftsfragen von uns allen von den gefühlten Problemen einiger unterscheiden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, in der CSU ging es in den letzten Tagen hauptsächlich um die großen Fragen: Wer kommt? Wer bleibt? Wer geht? Uns, den GRÜNEN, geht es vor allem um die Fragen: Was kommt? Was bleibt? Was geht?

Die Situation in Bayern sieht wie folgt aus: Beispielsweise gibt es nicht genügend Hebammen. Frauen wird geraten, sich schon vor der Zeugung des Kindes eine Hebamme zu suchen. Wir haben nicht genug Pflegekräfte, sodass jetzt schon viele Menschen besorgt sind, wie wohl der Lebensabend aussehen wird. Eltern suchen verzweifelt einen Betreuungsplatz für ihre Kinder und versuchen irgendwie, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Die Mieten explodieren, sodass sich Alleinerziehende, Familien und Menschen mit weniger Einkommen die Wohnungen nicht mehr leisten können. Die Luft in den Städten macht krank, weil die Automobilkonzerne bewusst betrogen haben. Und hey, so etwas wie einen Klimawandel gibt es auch noch! Das sind doch die Fragen, die die Menschen umtreiben und auf die sie eigentlich eine Antwort haben möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich nun lese, dass sich Markus Söder als "Manager von Bayern" versteht, dann wachsen schon meine Zweifel daran, ob Sie überhaupt die richtigen Antworten geben wollen und geben können. Herr Söder, "Manager von Bayern", was soll das denn sein? – Ist das so eine Art Donald Trump für Arme, der den ausscheidenden Ministerinnen und Ministern "You are fired" sagt? Ist es die Sorte von Managern, die Firmen ruinieren und sich danach keiner Schuld bewusst sind und nur an sich selber denken? Ich möchte Sie daran erinnern: Der Freistaat Bayern ist keine Firma.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht hier nicht um die Ökonomisierung der Politik. Wir sprechen hier nicht von Gewinnmaximierung. Es geht um Gemeinwohl. Es geht um die Gestaltung der Zukunft unseres Landes, nicht um den Shareholder Value. Wir sprechen hier auch nicht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die man irgendwie optimieren sollte. Hier geht es

um Bürgerinnen und Bürger, die der Souverän des Landes sind. Herr Söder, deswegen ist die Frage nicht, was das Land für Sie tun kann, sondern die Frage ist, was Sie für das Land tun können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur raten: Schauen Sie sich nicht zu viel von Ihrem Mentor Stoiber ab; der hat nämlich mit seiner Bayern AG Schiffbruch erlitten und hat in seinem Übereifer Fehlentscheidungen getroffen, die wir heute noch korrigieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Ich habe ehrlich gesagt keine Lust, in einigen Jahren Ihre Fehler korrigieren zu müssen. Es geht für einen Ministerpräsidenten oder eine Ministerpräsidentin – auch das ist im Freistaat Bayern möglich – um die Gestaltung der Gesellschaft mit den Menschen, die hier leben. Es geht um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, damit auch die nachfolgenden Generationen noch gut bei uns leben können. Es geht um die gleichen Rechte und Möglichkeiten für alle Menschen, egal ob Frauen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle, Trans, Queer, oder wie auch immer man sich fühlt oder sich selber sieht. Es geht darum, den Schwächsten in der Gesellschaft die Hand zu reichen, ihnen nicht die kalte Schulter zu zeigen. Es geht darum, dass alle Menschen in diesem Land frei und sicher leben können. Es geht darum, ein weltoffenes Land zu bleiben in dem Wissen, dass die Zukunft in einem starken Europa liegt. Das alles muss ein Ministerpräsident oder eine Ministerpräsidentin leisten. Das kann ein Manager nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber ich will an dieser Stelle die Skepsis einmal kurz beiseiteschieben. Wir sollten Politikerinnen und Politiker daran messen, was sie am Ende für das Land tun, also auch dieses Kabinett; das hat immerhin noch 206 Tage bis zur Wahl. Sie können, wenn Sie das wollen und es tun, auch noch einiges für das Land bewegen. Ich habe ein paar

konkrete Erwartungen aufgeschrieben, die ich Ihnen gerne mitgeben möchte. Beginnen wir doch gleich mal mit dem Umweltministerium. Leider ist in den letzten Jahren in puncto Umweltschutz kaum etwas passiert. Deswegen erwarte ich zum Abschluss der Legislaturperiode wenigstens eine Sache – ich bin in dem Bereich schon sehr bescheiden geworden –: Der dritte Nationalpark muss kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben keinerlei Verständnis dafür, wenn er nicht kommt. Das ist eine klare Aufgabe. Das wird man doch wohl in 206 Tagen durchsetzen können. Das ist das, was ich von Ihnen erwarte. Den Rest machen wir dann im Herbst.

Das Landwirtschaftsministerium hat eine neue Chefin. Ich freue mich, wenn Sie gleich einmal Duftmarken setzen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, nicht Ihrem ehemaligen Kollegen auf Bundesebene zu folgen, der den Menschen gerne Gift auf dem Teller präsentiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich empfehle ein Verbot von Phosphat und Neonikotinoiden in Bayern und prinzipiell den Einstieg in die giffreie Landwirtschaft. Das hilft den Böden, dem Grundwasser, den Tieren und vor allem auch uns Menschen. Das Schöne an der ganzen Sache ist: Es ist möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Finanzministerium ist weiterhin für Heimat zuständig. Herr Füracker, Sie sollten sich von Ihrem Vorgänger lösen. Es gibt diesen schönen Satz: Man kann keine Spuren hinterlassen, wenn man in die Fußstapfen anderer tritt. Die Fußstapfen Ihres Vorgängers waren leider keine schönen. Ich nenne die Stichwörter: Riedberger Horn, Flächenversiegelung, mangelnder Glasfaserausbau und vieles mehr. Ich finde, das könnten Sie doch besser machen, indem Sie zum Beispiel unser Volksbegehren "Be-

tonflut eindämmen" unterstützen; denn fünf Hektar Flächenversiegelung am Tag reichen. Wir GRÜNE wollen, dass unser schönes Bayern auch so schön bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Pschierer, Sie können gleich zuhören. Das Wirtschaftsministerium ist weiterhin für Energie zuständig. Ich setze auf Sie. Ich erwarte, dass die 10-H-Regelung endlich wegfällt. Ich sichere Ihnen auch gerne unsere Unterstützung bei diesem Vorhaben zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Aigner, die Themen Bauen und Wohnen befinden sich in Ihrem Ressort. Ich finde, Sie können gleich einmal loslegen. Es ist viel liegengeblieben. Sie sollten Genossenschaften fördern, staatliche Grundstücke nur noch für den sozialen Mietwohnungsbau verwenden und bestehende Sozialwohnungen erhalten. Derzeit fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als neue entstehen. Ich glaube, dass Sie das hinkriegen, wenn Sie nur wollen. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie damit aufhören würden, Kupferkabel zu subventionieren. Schaffen Sie endlich die Voraussetzungen für einen Glasfaseranschluss für wirklich jedes Haus. Zeigen Sie Herrn Söder, wie man die Digitalisierung richtig gestaltet.

(Zurufe von der CSU)

– Heutzutage gehört zur Infrastruktur auch die Digitalisierung. Da sieht man wieder, wie engstirnig die CSU denkt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

– Es gibt Einzelpersonen, die irgendwie für die Digitalisierung zuständig sind, aber doch keine eigenen Zuständigkeiten haben. Das sieht man auch auf Bundesebene bei Frau Bär. Die Digitalisierung befindet sich bei Ihnen nicht in einer Hand. Sie haben keinerlei Plan, wie man die Digitalisierung konkret umsetzt und richtig gestaltet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Sozialministerium; das hat viele wichtige Aufgaben zu bewältigen. Eine wichtige Aufgabe wurde Ihnen gleich einmal entzogen, nämlich die Gestaltung der Integration. Frau Schreyer, deshalb erwarte ich von Ihnen, dass Sie wenigstens eine Kita- und Kindergartenplatzoffensive starten. Die Einrichtungen sollten mindestens bis 20.00 Uhr geöffnet sein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Damit wir genügend Erzieherinnen und Erzieher bekommen, müssen wir schon in der Ausbildung ein vernünftiges Gehalt bezahlen, nicht nur ein Taschengeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Innenminister. Herr Herrmann, wir kennen uns schon lange. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich bin enttäuscht. Erst vor Kurzem habe ich gehört, dass Sie Herrn Seehofer bei seinem Grenzkontrollen-Unfug beigepflichtet haben. Ich habe mir gedacht: Das muss dieser Mann doch nicht mehr tun. Horst Seehofer ist nicht mehr Ihr Ministerpräsident. Wenn wir unsere Polizei stärken wollen und möchten, dass alle Menschen in diesem Land frei und sicher leben, müssten wir die Polizei personell und im Hinblick auf die Ressourcen aufstocken. Wir müssen die europäische Zusammenarbeit forcieren. Wir müssen endlich die polizeiliche Arbeit im Cyberraum stärken. Wir müssen aufhören, unser vereintes Europa zu spalten. Sie sagen, wir müssten in einem vereinten Europa ein paar Grenzen mit einer Landespolizei kontrollieren. Ich kann Ihnen nur sagen: So geht keine zukunftsgerichtete und sinnvolle Innenpolitik. Das muss anders werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie möchten, können Sie mich mit einer anderen Sache erfreuen; das wäre ein kleiner Schritt mit einer riesigen Wirkung; das schaffen Sie in 206 Tagen: Sie sollten die Morde am OEZ als das einstufen, was sie sind, nämlich als rechtsextremistische Tat.

Sie sind nicht nur für Abschiebungen, sondern auch für Integration zuständig. Das ist neu. Das ist die konsequente Fortführung der CSU-Abschreckungspolitik und Ab-

schottungspolitik. Wenn man Zynikerin wäre, könnte man sagen: Herr Söder, wenigstens sind Sie bei dem Thema konsequent. Von Menschlichkeit und Nächstenliebe sieht man nicht viel. Herr Herrmann, ich erwarte von Ihnen eine klare Ansage. Sie sollten konsequent dafür sorgen, dass die 3-plus-2-Regelung umgesetzt wird. Es ist eine Schande, dass Geflüchtete, obwohl sie eigentlich einen Arbeitsplatz hätten, nicht arbeiten können. Unternehmen können ihre Arbeitsplätze nicht besetzen. Die Ehrenamtlichen werden ständig mit Behördengängen belastet. Das muss aufhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu guter Letzt komme ich zum Bildungsministerium. Ehrlich gesagt weiß ich gar nicht genau, was ich dazu sagen soll.

(Zurufe von der CSU)

Es ist nämlich zum Verzweifeln. Die Bildungspolitik in Bayern ist zum Haareraufen. Ich habe einen Wunsch: Fangen Sie endlich an zu arbeiten, und zwar an einem konkreten Plan, wie die Bildung in Bayern aussehen soll. Hören Sie auf, ständig Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer durcheinanderzubringen. Machen Sie unsere Schulen fit für das 21. Jahrhundert, indem Sie zum Beispiel das Fach Digitalkunde einführen und ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellen Sie die Weichen für eine zweite pädagogische Fachkraft in den Grundschulklassen; denn nur so bekommen wir individuelle Förderung und eine heterogene Gesellschaft erfolgreich zusammen.

Kolleginnen und Kollegen, leider sind meine 15 Minuten Redezeit gleich zu Ende.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Deshalb muss ich den restlichen Ministerien meine Erwartungen im persönlichen Gespräch mitteilen.

Bisher sehe ich noch nicht, dass die Regierung ihre Politik auf einen Stand bringt, der mit den Anforderungen und dem Leben der Menschen im Jahr 2018 Schritt hält. Selbstverständlich hat jede und jeder das Recht, sich zu bewähren. In diesem Sinne: In 100 Tagen sprechen wir uns diesbezüglich wieder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Kreuzer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kollegen Rinderspacher, Aiwanger und Kollegin Schulze, diese Regierungsbildung erfüllt nicht Ihre Erwartungen. Das will ich gerne zugeben. Ich sage Ihnen auch: Es war nicht unser Ziel, Ihre Erwartungen zu erfüllen.

(Beifall bei der CSU)

Ansonsten hätten wir eine schlechte Regierung, jetzt haben wir eine gute.

(Beifall bei der CSU)

Kommt Ihnen das, was ich gerade gesagt habe, bekannt vor? Erinnern Sie sich? – Ich helfe Ihnen gerne auf die Sprünge. Normalerweise mache ich das nicht. Aber es passt gerade gut zu dieser Gelegenheit. Ich zitiere Joachim Herrmann, der im Jahr 2007 Fraktionsvorsitzender war. Mit dem gleichen Satz kann ich Ihnen auch heute noch antworten. Es ist doch frappierend. Sie legen immer die gleiche Platte auf, wenn der Ministerpräsident sein Kabinett vorstellt.

(Florian von Brunn (SPD): Sie auch!)

Das war im Jahr 2007 genauso wie heute.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass politisch aus Ihren Reihen nichts kommt. Es ist jedoch wirklich erschreckend, dass Sie sogar bei solch herausgehobenen Anlässen keine wirklichen Impulse geben können. Es gibt jedoch eine Ausnahme: Herr Kollege Aiwanger hat mit einem ganz neuen Thema aufgewartet, nämlich mit der Neuregelung der Straßenausbaubeiträge. Herr Kollege Aiwanger, Sie werden zur Ein-Thema-Partei. Dies passt hier wirklich nicht hin. Ihrer Äußerung, nicht alles, was die Opposition oder die FREIEN WÄHLER fordern, sei Unsinn, möchte ich das Wort "vielleicht" hinzufügen.

(Beifall bei der CSU)

Die Debatte hat eines ganz deutlich gezeigt: Würde man die Abgrenzung der Geschäftsbereiche und die Berufung der Kabinettsmitglieder der Opposition überlassen, ergäbe dies ein großes Durcheinander. Wir hätten noch mehr Ministerien und eine Zersplitterung. Den Vorschlag der SPD, auf Landesebene die Bereiche Verkehr und Bauen voneinander zu trennen, kann niemand nachvollziehen. In Ländern, in denen Sie regieren, wird dieser Vorschlag auch nicht vollzogen. Sollten Sie ein Kabinett bilden wollen, das allen Oppositionsparteien vom Zuschnitt und von den Personen in toto gefällt, würde es bis zum Nimmerleinstag nicht dazu kommen, weil Sie sich nicht einigen könnten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir Ministerien zusammenlegen, ist es falsch, wenn wir Ministerien teilen, ist es ebenfalls falsch. Die eine Abteilung soll in dieses, die andere in das andere Ministerium verschoben werden. Meine Damen und Herren, das ist doch alles nicht zielführend. Wir führen hier Strukturdebatten, die gar keine sind. Langsam habe ich das Gefühl, Sie tun das nur, um zu kritisieren. Konstruktive Vorschläge für eine andere Ressortverteilung, die aus meiner Sicht etwas bringen, habe ich nicht gehört.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Vorschläge, die uns aus meiner Sicht weiterbringen, habe ich jedenfalls nicht gehört. Eines ist doch klar: Um in Bayern weiterhin eine gute Zukunft zu haben, müssen wir kluge Entscheidungen treffen. Das fängt beim Ressortzuschnitt an. Bei der heutigen Entscheidung geht es einzig und allein um Bayern und um den Weg, den der Bayerische Ministerpräsident beschreiten will, um unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Es geht einzig und allein um die Verantwortung für den Freistaat, unsere schöne Heimat und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Dafür müssen wir konkrete Ergebnisse erzielen, die dem Wohl der Menschen in diesem Lande dienen. Es geht gerade nicht um Ideologie oder um Opposition.

Meine Damen und Herren, die CSU macht in vielen Dingen seit mehr als 60 Jahren das Gegenteil von dem, was die Opposition fordert. Warum machen wir das? – Weil es sich bewährt hat, meine Damen und Herren. Bayern steht hervorragend da, als Nummer eins aller Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Das gilt für die innere Sicherheit, für zukunftsweisende Innovationen, für den Arbeitsmarkt, für die Leistungen für die Familien, für die Bildung, für die Integration, und das alles ist über das ganze Land verteilt. Alle Regierungsbezirke haben davon profitiert. Wir stehen auf höchstem Niveau. Allein diese Tatsachen sind der Beweis dafür, wie richtig diese Politik war und ist, die die CSU seit Jahrzehnten in und für Bayern macht. Es zeigt, wie stimmig die Aufgaben den einzelnen Ressorts immer wieder zugewiesen waren.

Aus unserer Sicht ist die Aufteilung der Geschäftsbereiche sehr gelungen. Sie greift die aktuell wichtigen Themen auf und setzt genau dort Prioritäten, wo es notwendig ist und wo die Menschen in Bayern eine zukunftsfähige Politik erwarten. Das, was der Herr Ministerpräsident uns heute vorgestellt hat, ist die einzig richtige Antwort auf die aktuellen Herausforderungen. Strukturen, die sich bewährt haben, werden beibehalten, Zukunftsthemen werden gebündelt, es werden die richtigen Akzente bei den Her-

ausforderungen der Zukunft gesetzt. Das Kabinett, das Markus Söder aufgestellt hat, steht für Kontinuität, aber auch für Weiterentwicklung, für Erfahrung, aber gleichermaßen auch für Erneuerung und für Kraft und Kompetenz. Er hat uns ein Kabinett vorgestellt, das angesichts des Ressortzuschnitts mit der personellen Auswahl den Zukunftsanspruch verkörpert, den Markus Söder uns schon bei seiner Vereidigung am vergangenen Freitag ausgeführt hat. Der Vorschlag des Ministerpräsidenten erfüllt alle Ansprüche: die Regionen, die Berücksichtigung von Männern und Frauen, ein breites Spektrum von Berufen und Qualifikationen, erfahrene Stützen ebenso wie neue Kräfte. Das Kabinett wird mit einem Durchschnittsalter unter 47 Jahren jünger, und es wird weiblicher, meine Damen und Herren.

Frau Kollegin Schulze, Sie haben die Ressorts und die Namen aufgezählt, die die Männer einnehmen. Ich will Ihnen nun eine andere Aufzählung machen: Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr: Ilse Aigner. Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: Frau Prof. Dr. Marion Kiechle. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Michaela Kaniber. Staatsministerium für Arbeit, Soziales und Familie: Kerstin Schreyer. Staatsministerium für Gesundheit und Pflege: Melanie Huml. Staatssekretärin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Carolina Trautner. Meine Damen und Herren, das ist ein starkes Team. Das ist starke Frauenpower in dieser Staatsregierung. Darauf können wir stolz sein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wenn Sie mit Ihrer Aufzählung vielleicht andeuten wollen, dass dies keine wichtigen Bereiche seien, Bauen und Verkehr oder Wissenschaft und Kunst, dann haben Sie nicht erkannt, was in den nächsten Jahren zu machen ist.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich zu diesem Punkt abschließend noch eines sagen: Die harsche Kritik der Opposition an einzelnen Personen war nicht nur überzogen, aus meiner Sicht war sie teilweise unterste Schublade.

Wie das der Ministerpräsident eben getan hat, so möchte auch ich die Gelegenheit nutzen, um mich im Namen der Fraktion bei all den Ministern und Staatssekretären zu bedanken, die dem neuen Kabinett nicht mehr angehören: den Ministerinnen Merk, Müller und Scharf, Staatsminister Brunner, Staatsminister Spaenle, Staatssekretär Hintersberger. Ihr alle habt einen wichtigen Beitrag geleistet, damit es den Menschen in Bayern besser geht als im übrigen Gebiet der Bundesrepublik. Ihr habt euch um dieses Land verdient gemacht. Herzlichen Dank für euren Einsatz und eure erfolgreiche Arbeit!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Jeder, der in der Politik ist, meine Damen und Herren, weiß, dass politische Ämter auf Zeit vergeben werden. Das setzt den Wechsel voraus. Wechsel heißt aber keineswegs, dass irgendjemand seine Sache schlecht gemacht hat, so wie Sie das hier unterstellen und darlegen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Mein lieber Herr Rinderspacher, wenn Sie hier die Schulpolitik in Bayern derart markig kritisieren, wenn Sie hier den Eindruck erwecken, wir hätten weniger Lehrer oder es ginge bei der Inklusion nicht vorwärts,

(Isabell Zacharias (SPD): Das stimmt!)

ist das vollkommen falsch. Wir hatten noch nie so viele Lehrer, wir hatten noch nie so kleine Klassen, und wir hatten noch nie so viele Lehrer pro Schüler. Es ist weit vorwärts gegangen, und das ist das Verdienst von Ludwig Spaenle. Das ist mit sein Verdienst, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Beim Thema Inklusion ist noch zu erwähnen, dass Sie doch genau wissen, was wir in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe beschlossen haben. Genau das wird gemacht, und Sie haben zugestimmt.

(Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Nun aber kritisieren Sie es hier und kritisieren dabei den Minister.

(Zuruf: Regen Sie sich nicht auf!)

– Ich rege mich nicht auf, sondern ich sage Ihnen, es ist ungehörig, hier gerade die Inklusion zu erwähnen.

Sie haben auch Frau Ministerin Scharf kritisiert. Meine Damen und Herren, Sie können hier schon deshalb keine Regierung bilden, weil Sie sich nie einig darüber werden würden, ob wir einen dritten Nationalpark brauchen oder nicht. Zumindest die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN könnten sich nicht einigen.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn Sie dann noch das Thema Bayern-Ei aufgreifen, meine Damen und Herren, muss ich erwähnen, dass sich in den letzten Monaten doch gezeigt hat, dass hier keine politische Verantwortung bei den politischen Spitzen gegeben war.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Der Untersuchungsausschuss war unnötig. Das war ein Rohrkrepieler, meine Damen und Herren, ein absoluter Rohrkrepieler.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Der Herr Ministerpräsident hat bereits angekündigt, die Minister und Staatssekretäre noch vor Ostern zu einer Kabinettsitzung zusammenzurufen. Das macht deutlich, mit wie viel Schaffenskraft und Arbeitswillen die Bayerische Staatsregierung ans Werk gehen wird. Ich bin mir sicher, dieses Kabinett ist ein Zeichen des Aufbruchs. Es ist ein

starkes Team, das die vor uns liegenden Aufgaben zum Wohl des Landes kraftvoll angehen und erledigen wird. Ich wünsche den Mitgliedern der Staatsregierung viel Glück und Erfolg für unsere Heimat.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bedarf die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Bestätigung durch Beschluss des Landtags. Im Einzelnen finden Sie die vom Ministerpräsidenten getroffenen Festlegungen in der Ihnen vorliegenden Drucksache 17/21239. Wer der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann. Nach Stimmenthaltungen muss ich noch fragen. – Stimmenthaltungen gibt es nicht. Damit bestätigt der Landtag die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche. Der Tagesordnungspunkt 1 ist damit abgeschlossen.

Nun folgt die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 2 betreffend die Berufung der Kabinettsmitglieder sowie die Bestimmung der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters des Ministerpräsidenten nach Artikel 45 und 46 der Bayerischen Verfassung. Meine Damen und Herren, Sie haben die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten hierzu gehört. Wir kommen zur Beschlussfassung.

Ich darf vorschlagen, die Zustimmung wie bisher in kumulativer Form zu erteilen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall; ich sehe keinen Widerspruch. Dann lasse ich so abstimmen. Wer der Berufung der Kabinettsmitglieder und der Bestimmung der Stellvertreterin des Ministerpräsidenten wie vom Ministerpräsidenten vorge-

tragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER – –

(Zurufe: Nein!)

– Entschuldigung. Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos), Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos) sind dagegen. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist es so beschlossen.

(Unruhe)

Damit hat der Landtag gemäß Artikel 45 und 46 der Bayerischen Verfassung seine Zustimmung zur Berufung der Kabinettsmitglieder sowie zur Bestimmung der Stellvertreterin des Ministerpräsidenten erteilt.

Ergänzend weise ich darauf hin, dass der Ministerpräsident für den Fall, dass auch die Stellvertreterin des Ministerpräsidenten an der Ausübung der Geschäfte verhindert sein sollte, den Staatsminister des Innern und für Integration, Herrn Joachim Herrmann, als weiteren Stellvertreter entsprechend § 2 Absatz 5 Satz 1 der bisherigen Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung bestimmt hat.